

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen ...

(Christian Lindner [FDP]: Doch, eine, ganz spontan!)

– Haben Sie denn überhaupt noch Zeit? – Bitte schön.

(Heiterkeit)

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Ich kenne und schätze Ihre Art, die Debatten zu beschleunigen, will Sie hier auch nicht unverhältnismäßig aufhalten. Gleichwohl veranlasst mich natürlich die Einlassung von Frau Kollegin Asch, noch einmal das Wort zu nehmen:

Ich weiß nicht, ob Sie mich missverstehen wollten oder ob es an meinem Unvermögen lag, mich auszudrücken, Frau Asch. Ich habe eine Ahnung, wie Ihre Motive aussehen. Ich will es dennoch unterstreichen: Selbstverständlich steht auch die FDP zum staatlichen Wächteramt. Das steht im Grundgesetz. Wir haben als koalitionstragende Fraktion mit dafür gesorgt, dass wir überhaupt ein Handlungskonzept für einen besseren Kinderschutz bekommen. Das gab es nämlich unter Rot-Grün nicht.

(Britta Alenkamp [SPD]: Unsinn, Herr Lindner! Herner Modell!)

Sie rufen jetzt nach der Feuerwehr, obwohl Sie selbst während Ihrer Verantwortungszeit nichts getan haben. Das wollen wir in Erinnerung rufen.

Der Unterschied zwischen Ihnen und uns, Frau Asch, besteht darin, dass Sie sich ausschließlich auf staatliche Maßnahmen in einem ganz technokratischen Verständnis orientieren wollen. Demgegenüber machen wir im Unterschied dazu den Staat und die Kommunen im Bereich Kinderschutz handlungsfähig, unterlassen es aber nicht, nachhaltig die Verantwortung der Familien, der Eltern und der Gesellschaft einzufordern. Wir wollen nicht, dass sie ihre Verantwortung preisgeben, sondern sie sollen sie annehmen. Der Staat kommt dann mit ins Spiel, um sein Wächteramt auszufüllen. Das unterscheidet uns von Ihnen.

Wir wollen die Verantwortung der öffentlichen Hand, sind aber nicht bereit, die Familien und die Gesellschaft aus ihrer Verantwortung zu entlassen. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP – Andrea Asch [GRÜNE]: Eindimensional ist das, was Sie machen!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Jetzt hat Herr Kern noch einmal das Wort.

Walter Kern (CDU): Liebe Andrea Asch, ich bin sehr sicher, hier deutlich gemacht zu haben, dass der Kinderschutz eine ganz wesentliche Aufgabe ist. Das habe ich schon mit meinen ersten Sätzen ausgesagt. Ich sage sehr deutlich, dass die Verantwortung, die auf den Menschen liegt, die sich beruflich um den Kinderschutz kümmern, enorm ist. Ich habe auch den Druck dargestellt, der auf den ASD-Mitarbeitern liegt.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Wir sollten uns hier nicht aus Prinzip missverstehen, sondern sollten in der Sache zum Wohle der Kinder sehr sorgfältig arbeiten. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kern. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/7957 an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit haben wir einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

5 Gesetz über die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7930

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds für die Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an den finanziellen Lasten des Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes (Abrechnungsfondsgesetz – AFoG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7940

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Finanzminister Dr. Linsen das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Bis hierhin ist noch nichts falsch gewesen, Herr Minister!)

Die wenigen, die sich noch hier im Saal befinden und nicht beim Mittagessen sind, werden sicherlich, wenn sie bei TOP 3 dabei waren, den Eindruck gehabt haben, dass sich die Opposition – zumindest bei dem Tagesordnungspunkt – leider eher für Klamauk als für Sachlichkeit entschieden hat.

(Beifall von der CDU)

Vielleicht gelingt es ja bei der Einbringung des dritten Nachtrages, das etwas zu ändern, denn die Zeiten sind nicht nach Klamauk und Clownerie, Frau Walsken, sondern sie sind relativ ernst.

Auch wenn ich betonen muss, dass das Jahr 2007 ein exzellentes war und das Jahr 2008 ein sehr gutes zu werden verspricht, so wissen wir doch nach den notwendigen Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung, an denen sich auch die Länder in erheblichem Maße beteiligen, dass wir unterstützende Maßnahmen für die Konjunkturbelebung zu leisten haben. Das wird sich sicherlich auch in unseren künftigen Debatten abbilden.

Es hilft auch nicht, sich in diesen Tagen immer tiefer in die Krise hineinzureden. Ich glaube, es wäre richtig, wenn wir die Ärmel aufkrepeln und versuchen würden, Vertrauen auch in der Konsumenten- und Investorenschaft zu schaffen.

Ich bringe heute den Entwurf eines dritten Nachtragshaushaltes für das Jahr 2008 in das Parlament ein. Wir rechnen zurzeit mit Haushaltsverbesserungen von 615 Millionen € bis zum Jahresende. Sie setzen sich im Wesentlichen aus Steuermehreinnahmen zusammen, die nach dem Ergebnis der Steuerschätzung von November dieses Jahres zu erwarten sind. Außerdem sind weitere steuerbedingte Haushaltsverbesserungen zu erwarten wie etwa Minderausgaben für den Feuerschutz im Umfang von 10 Millionen €.

Am 5. November hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ auf Basis des derzeit geltenden Rechts seine Einnahmenprognosen für die Jahre 2008 und 2009 veröffentlicht. Danach können Bund, Länder und Gemeinden im Vergleich zur letzten Schätzung – im Mai 2008 – mit Mehreinnahmen von 7,4 Milliarden € rechnen.

Rund 1,7 Milliarden € davon entfallen auf die Länder. Für Nordrhein-Westfalen heißt das: Wir erwarten gegenüber dem Haushaltssoll von 41,63 Milliarden € ein Einnahmeplus von 250 Millionen € – so jedenfalls die jetzige Schätzung.

Insgesamt profitieren nach den Ergebnissen der Steuerschätzung am meisten die Kommunen von der Einnahmeentwicklung in diesem Jahr. Prognostiziert wird für 2008 ein Plus von 5,7 Milliarden € und

für 2009 ein Plus von 3,3 Milliarden €. Diese gute Entwicklung steht vor allem im Zusammenhang mit der Gewerbesteuer.

Haushaltsverbesserungen in Höhe von insgesamt 355 Millionen € resultieren aus der Entwicklung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen: Der Haushaltsansatz kann gegenüber dem zweiten Nachtragshaushalt 2008 um 90 Millionen € reduziert werden. Darüber hinaus erhält das Land vor allem wegen der vorläufigen Abrechnung des Jahres 2007 per Saldo Erstattungen in Höhe von rund 265 Millionen € 265 Millionen plus 90 Millionen ergeben die genannten 355 Millionen €.

Dass Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, der Verlockung nicht widerstehen konnten, das Thema Länderfinanzausgleich für ein politisches Strohfeuer zu nutzen, das war klar. Bei genauerem Hinsehen stellt sich die Situation beim Länderfinanzausgleich wie folgt dar:

Erstens. Wachstum und Finanzkraft hängen zusammen. Das reale Wachstum unseres Landes lag seit den 90er-Jahren nahezu durchgängig unter dem Bundesdurchschnitt, zum Teil erheblich. Nachlaufend kommt es dadurch zu einer Verringerung der Finanzkraft. 2007 lagen wir beim Wirtschaftswachstum bereits über dem Bundesdurchschnitt. Wenn sich diese Entwicklung verstetigt, wird auch die Finanzkraft wieder ansteigen.

Zweitens. Halbe Wahrheiten sind immer schlechte Argumente. Um die Finanzkraftentwicklung und die Ausgleichsleistungen umfassend zu beurteilen, muss man alle drei Ausgleichsstufen des Finanzausgleichs im Zusammenhang betrachten. Es geht nicht an, sich eine herauszupicken – obwohl natürlich von Oppositionsseite aus immer versucht wird, Differenziertes doch ein bisschen einfacher und pauschaler darzustellen.

Das System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, meine sehr verehrten Damen und Herren, besteht aus dem Umsatzsteuerausgleich, dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinne und den Bundesergänzungszuweisungen. Für schlichte Gemüter ist das System natürlich nicht einfach zu verstehen, Frau Walsken. Je mehr ein finanzstarkes Land auf der ersten Stufe zahlt, desto weniger muss es dann auf der zweiten Stufe zahlen.

Genau dies trifft auf Nordrhein-Westfalen zu. Wir bezahlen einen immensen Betrag beim Umsatzsteuerausgleich. 2007 waren es 2,8 Milliarden €. Die Leistungen Nordrhein-Westfalens im Umsatzsteuerausgleich – also das, was wir an andere Länder bezahlen – haben in den letzten Jahren zugenommen. Das führt natürlich zu einer entsprechenden Absenkung der Finanzkraft, die dann im Länderfinanzausgleich im engeren Sinne berücksichtigt wird.

Die originäre Finanzkraft Nordrhein-Westfalens betrug 2007 105,63 %. Nach Durchführung des Umsatzsteuerausgleichs betrug die Finanzkraft Nordrhein-Westfalens nur noch 100,16 %. Mit anderen Worten: Weil Nordrhein-Westfalen im Umsatzsteuerausgleich so große Leistungen erbringt, fällt die im Länderfinanzausgleich zugrundegelegte Finanzkraft entsprechend niedriger aus.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die ganze Wahrheit zum Länderfinanzausgleich.

Ich darf zitieren:

Wer Entscheidungen nicht plant, sondern sich erst dann darum kümmert, wenn die Entscheidung fallen muss, der handelt zu spät.

Das wusste Konfuzius schon um das Jahr 500 vor Christus.

(Gisela Walsken [SPD]: Genial!)

Unsere Haushaltspolitik ist darauf ausgerichtet, Risiken abzuschätzen und dafür Vorsorge zu treffen. Dementsprechend werden auch mit diesem Nachtragshaushalt die Haushaltsverbesserungen ausschließlich nachhaltig eingesetzt. Wir wissen bereits jetzt, dass in den kommenden Jahren schwierigere Zeiten auf uns zukommen. Dafür wollen wir gewappnet sein.

Wir halten dieses Vorgehen für richtig. Bisher sind Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, den Beweis schuldig geblieben, dass es eine andere, bessere Möglichkeit gibt.

Rund 70 % der Haushaltsverbesserungen, also etwa 430 Millionen €, sollen dem Risikofonds für die WestLB zugeführt werden. Etwa 30 %, also rund 185 Millionen €, sind für den neu zu errichtenden Fonds für die Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an den finanziellen Lasten des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vorgesehen. Dieser Fonds heißt Abrechnungsfonds.

Den Risikofonds zugunsten der WestLB haben wir mit dem Ziel eingerichtet, Mittel anzusparen, damit Belastungen aus der Garantie nicht in einem Haushaltsjahr in vollem Umfang auf den Landeshaushalt durchschlagen. Diese Gründe gelten in gleicher Weise auch für den neu zu schaffenden Abrechnungsfonds.

Der Bund hat am 17. November den Finanzmarktstabilisierungsfonds errichtet. Er verfügt über ein Gesamtvolumen von 480 Milliarden €, davon 400 Milliarden € für Garantieübernahmen und bis zu 80 Milliarden € für Kapitalhilfen und den Ankauf problematischer Kredite. An dem Schlussergebnis des Fonds werden die Länder mit 35 % beteiligt: bis zu einer maximalen Summe von 7,7 Milliarden €. Für das Land Nordrhein-Westfalen ergäbe sich daher ein Maximalbetrag von 1,7 Milliarden € – das sind die 35 % –, der im ungünstigsten Falle auf unser Land zukommt.

Bei der Verteilung der Haushaltsverbesserungen auf die beiden Fonds haben wir uns an dem Verhältnis der höchstmöglichen Zahlungsverpflichtungen des Landes aus dem WestLB-Risikofonds – das sind 3,8 Milliarden € – und dem Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes – das sind 1,7 Milliarden € – orientiert. Die Verteilung der Haushaltsverbesserungen erfolgt daher im Verhältnis 70:30.

„Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, weiß der Volksmund. Meistens hat er recht. Wir treffen deshalb jetzt Vorsorge, damit wir in der Zukunft nicht allzu hart getroffen werden. Wir werden keinesfalls die Rezepte aus der Zeit von Rot und Rot-Grün wieder reaktivieren. Da wurde, wie wir wissen, ausgegeben, was das Zeug hält, nicht nur, bis die Taschen leer waren. Nein, dann wurde fröhlich auf Pump weitergemacht. So geht es nicht.

Wir gehen den soliden Weg, der Belastungen in der Zukunft abfedert. Da die Opposition bislang auch nicht im Ansatz einen besseren Vorschlag unterbreiten konnte, lege ich Ihnen heute den Dritten Nachtragshaushalt mit der Gewissheit vor, dass er finanzpolitisch den richtigen Weg weist. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Linssen. – Als Nächste hat Frau Walsken für die SPD-Fraktion das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, ich habe persönlich Verständnis dafür, dass Sie sauer sind, wenn wir – wie schon beim Tagesordnungspunkt vorhin – Ihre geschönten Zahlen entlarven

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

oder wenn wir Sie mit ein paar Zitaten an Ihren eigenen Worten messen. Das muss ein Finanzminister aushalten, das sind die Schmerzensgeldanteile Ihres Gehalts. Ich fände es außerordentlich schön, Herr Finanzminister – das sage ich ganz persönlich –, wenn Sie das sportlich sehen würden, ohne angegriffen herumzugiften und in die persönliche Diffamierung abzugleiten.

(Beifall von der SPD)

Ich sehe das als Vorbemerkung und hoffe, dass wir an der Stelle wieder miteinander klarkommen.

Trotzdem darf ich Ihnen auch zu diesem Tagesordnungspunkt Kritik nicht ersparen. Das ist nicht nur meine Aufgabe als Oppositionspolitikerin, sondern auch als diejenige, die lange diesen Haushalt kennt.

(Lachen von Dr. Jens Petersen [CDU])

Deshalb sage ich, dass sowohl der Nachtrag für dieses Jahr als auch die Ergänzung für das nächste

Jahr in eklatanter Weise zeigen, dass Sie es hauswirtschaftlich in diesem Lande nicht können. Im Nachtrag für dieses Jahr vergeben Sie erneut, wiederholt die Chance, weniger Schulden aufzunehmen, obwohl die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – ein Teil ist hier anwesend – Ihnen 250 Millionen € zusätzlich in die Kassen gezahlt haben.

Herr Finanzminister, vor einer guten Stunde haben Sie selber in diesem Hause gesagt, dass Sie all die zusätzlichen Steuereinnahmen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwenden möchten.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Für eine nachhaltige Politik!)

Seien Sie so nett und schauen Sie in Ihre eigenen Presstexte! Schauen Sie in der Pressemitteilung vom 30. Oktober 2006 nach, oder lassen Sie Ihre Leute nachschauen, und lesen Sie diesen Satz nach! An diesem Satz werden Sie gemessen. Und eine Stunde, nachdem Sie behauptet haben, all das, was wir zitieren, sei falsch, legen Sie hier einen Nachtragshaushalt vor, obwohl Sie 250 Millionen € mehr zum Abbau der Schulden hätten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ewald Groth [GRÜNE]: Der Neuverschuldung!)

– Völlig richtig. Wir bauen noch keine Schulden ab. Wir könnten weniger neue Schulden aufnehmen. Ich danke Ihnen herzlich für die Korrektur, Herr Groth.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist unsolidel!)

Das ist der eine Punkt, der unsolidel und unseriös ist. Aber der zweite Punkt, Herr Dr. Linssen, im Haushalt 2008 hat für noch viel größere Irritationen gesorgt, nämlich die Tatsache, dass Sie jetzt einen zweiten Schirm einrichten, einen neu einzurichtenden Abrechnungsfonds für eine mögliche Beteiligung des Landes an den Lasten des Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes. 185 Millionen sollen jetzt in den Haushalt fließen, obwohl – jetzt mache ich wieder das, was ich vor einer Stunde gemacht habe – Sie in diesem Hause vor gerade sechs Wochen erklärt haben, dass gerade dafür vorerst kein Geld gebraucht wird. Ausweislich des Plenarprotokolls 14/102 haben Sie, Herr Finanzminister, gesagt:

Meine Damen und Herren, ich möchte, mit einem Ausblick auf den Landeshaushalt schließen. Ich hatte beim letzten Mal betont

– jetzt wird es spannend –,

dass es für 2009 und 2010 keine Auswirkungen gibt. Nach den heutigen Erkenntnissen

– und jetzt die Prognose –

würde ich behaupten: vielleicht sogar bis 2012 oder 2013.

Was machen Sie jetzt? Haben Sie das Parlament ...

(Ewald Groth [GRÜNE]: Belogen?)

Haben Sie – ich sage es vorsichtig – die Unwahrheit gesagt? Haben Sie es nicht gewusst? Oder machen Sie genau das, was wir Ihnen vorwerfen? Legen Sie Polster an für die Jahre 2009 und 2010? Darauf möchte ich von Ihnen eine Antwort.

Meine Damen und Herren, Sie behaupten auch, das Geld sei ja gut geschützt, es sei alles in einem Gesetz geregelt und man komme gar nicht daran. Weit gefehlt!

Schauen Sie bitte einmal in den Haushalt von Minister Wittke! Da gab es einmal ein Landeswohnungsbauvermögen. Die Überschüsse aus diesem Vermögen waren gesetzlich gebunden und sollten immer wieder dem Vermögen zugeführt werden. Minister Wittke hat in drei kurzen gesetzlichen Änderungen mit dieser schwarz-gelben Mehrheit beschlossen, diese Überschüsse in den Landeshaushalt zu leiten, um sie für andere Dinge zu nutzen.

Herr Minister, erzählen Sie mir nicht, dass Sie mit Ihrer Mehrheit die Verwendung dieses Polsters, dieses Schirmes nicht jederzeit für andere Dinge möglich machen könnten.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass der Nachtrag mit den darin enthaltenen Haushaltsverbesserungen in Höhe von insgesamt 615 Millionen € zur Absenkung – jetzt sage ich es korrekt – der Nettoneuverschuldung zu nutzen wäre, also dazu, sich weniger zu verschulden. An dieser Stelle wird eine Chance verschenkt. Das ist fatal.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, die Haushaltsergänzung 2009 ist nicht besser. Die Neuverschuldung mit 1,3 Milliarden € ist aus unserer Sicht auffällig großzügig kalkuliert. Ich erinnere daran: Es gibt bislang kein eigenes Konjunkturprogramm dieser Landesregierung für Nordrhein-Westfalen.

Deshalb stellt sich bei uns der Verdacht ein, dass auch hier der Finanzminister unter dem Deckmantel der Finanzkrise über neue Verschuldung Polster anlegt. Ich will Ihnen das an wenigen Beispielen versuchen zu erläutern.

Erster Punkt: Da sind zum Beispiel die Belastungen des Landes durch die Erhöhung des Kindergeldes – eine Maßnahme des Bundes. Ja, sehr richtig, die Kindergelderhöhung kostet 2,1 Milliarden €. Davon entfallen auf den Bund 76 % und auf die Länder 24 %. Wenn man das für Nordrhein-Westfalen herunterkalkuliert, haben wir einen Anteil von etwa 107 Millionen € zu erbringen. Meine Damen und Herren, der Finanzminister schreibt 230 Millionen € in seinen Haushalt.

Zweiter Punkt: Der Bund plant – zunächst für zwei Jahre – die Wiedereinführung der sogenannten degressiven AfA, Höhe 200 Millionen €. Aus unse-

rer Sicht ist diese Zahl absolut willkürlich geschätzt. Auch wenn die Wiedereinführung Anreize bieten soll, verstärkt zu investieren, kann niemand – auch Sie können es nicht, Herr Finanzminister – bis heute seriös vorhersagen, wie viel ein Unternehmen letztlich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in neue Wirtschaftsgüter investieren wird. Ein Großteil der möglichen Belastung würde dann auch erst 2010 wirksam werden.

Sie kalkulieren allerdings heute schon sehr großzügig und setzen zusätzlich völlig pauschal, ohne dass es differenziert ist, einmal 90 und noch einmal 80 Millionen € für mögliche Auswirkungen des Konjunkturpaketes des Bundes an.

Meine Damen und Herren, unser Fazit lautet: Wenn man diese willkürlichen Ansätze, die durch nichts, aber auch gar nichts belegt sind, seriös kalkuliert und zum Teil auf sie verzichtet, wäre es möglich, im Haushalt 2009 ohne eine weitere Erhöhung der Neuverschuldung in Höhe von 1,3 Milliarden € auszukommen.

Deshalb sagen wir: Herr Finanzminister, Sie scheinen an dieser Stelle zum Trittbrettfahrer in der Finanzkrise geworden zu sein. Das findet nur unsere Kritik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU spricht der Kollege Dr. Petersen.

Dr. Jens Petersen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachtragshaushalte sind in dieser Legislaturperiode eigentlich stets ein Grund zur Freude. Mit dem dritten Nachtragshaushalt 2008 sind erneut Haushaltsverbesserungen verbunden. Im vorliegenden sind es 615 Millionen €. Wir haben deutlich höhere Steuereinnahmen, weil es den Unternehmen und den Menschen in Nordrhein-Westfalen auch deutlich besser geht. Wir haben höhere Steuereinnahmen, weil die Wirtschaft wieder wächst, und das sogar überdurchschnittlich. Das ist ein großer Erfolg für die Landesregierung und für CDU und FDP.

Wir sprechen aber auch heute über einen dritten Nachtragshaushalt, weil der Finanzminister vorsichtig budgetiert hat. Auch das ist ein Markenzeichen seiner Amtszeit. Wenn wir nun sogar höhere Einnahmen als ursprünglich veranschlagt absehbar sehen, ist auch das ein großer Erfolg für ihn und uns alle in NRW.

(Beifall von Volkmar Klein [CDU] und Angela Freimuth [FDP])

Man merkt, dass PISA wirklich überall ist, auch in der SPD-Landtagsfraktion. Deshalb noch ein Satz zum Länderfinanzausgleich: NRW ist und bleibt eines der großen Geberländer im Länderfinanzaus-

gleich. Im Umsatzsteuerausgleich zahlt unser Land auch in diesem Jahr mehr als 2,5 Milliarden € an finanzschwächere Länder. Damit ist NRW ein Geberland, und zwar in einem milliardenschweren Umfang.

Wenn jetzt von Verarmung in NRW gesprochen wird, ist das wirklichbarer Unsinn. Selbst in der Teilkomponente des sogenannten horizontalen Ausgleichs gibt es eigentlich nichts Neues. NRW ist seit Jahren an der Grenze zwischen Geber- und Nehmerland. Wie in allen anderen Jahren auch wird sich erst nach Abrechnung im Folgejahr entscheiden, ob wir erneut Nettozahler sind.

Wie gehen wir jetzt mit diesen Mehreinnahmen um? Verplempern wir sie wie Rot-Grün? Oder gehen wir vorsichtig und nachhaltig mit dem Geld um? – Sie wissen es schon. Weil uns Weitsicht besonders wichtig ist, werden wir erstens die Altlast der WestLB abbauen und zweitens finanzielle Belastungen aus der Finanzkrise auffangen. Beides ist sinnvoll und nötig.

In beiden Fällen wissen wir, dass Belastungen auf uns zukommen, deren Höhe wir aber noch nicht kennen. Daher ist es klug, Rückstellungen zu bilden. Das würde jedes normale Unternehmen machen, nur SPD und Grüne nicht. Da kann ich nur sagen: Gut, dass Sie derzeit keine Verantwortung mehr für unser Land tragen.

Im Falle der WestLB bereinigen wir Altlasten, die in Ihrer Amtszeit entstanden sind.

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Petersen, wer erzählt Ihnen so einen Quatsch?)

In Ihrer Amtszeit hat die WestLB nämlich begonnen, hohe Investitionen in US-Immobilienpapiere zu tätigen. Nun stellt sich heraus, dass diese Papiere wenig werthaltig sind und ein hoher Abschreibungsbedarf entsteht. Daher müssen wir diese Altlast nun behutsam beseitigen. Wir verhindern zukünftige Verschuldung. Hier halten wir auch Wort.

Die Finanzmarktkrise hat politische Entscheidungen auf Bundesebene mit sich gebracht. Dadurch entstehen hohe finanzielle Belastungen für NRW, die wir zu tragen haben. Auch hier ist es klug, Vorsorge zu betreiben. Da wir die Belastungshöhe aber heute noch gar nicht kennen können, ist es angebracht, ein Sondervermögen zu bilden. Dieses Sondervermögen hat – das ist besonders wichtig – eine eindeutige Zweckbestimmung, sodass von Sparstumpf überhaupt keine Rede sein kann. Das ist wirklich großer Unsinn. Aber Herr Groth beweist es: Inkompetenz ist kein Hindernis dafür, Haushaltspolitiker bei der Opposition zu werden.

In Summe ist dieser Nachtragshaushalt ein erneuter Beleg für unsere Finanzpolitik: vorsichtig planen, sich stark anstrengen, damit es noch besser wird, dann Erfolge haben und für zukünftige Belastungen rechtzeitig Vorsorge treffen.

Wissen Sie, Kollegen der Opposition, Sie sind einfach nur neidisch auf unseren Erfolg.

(Dieter Hilser [SPD]: Insbesondere auf Ihre Rede! – Weitere Zurufe von der SPD)

Dafür hält der Volksmund zwei Sprichwörter parat. Erstens – das ist für Sie wichtig, Frau Walsken –:

Die Tochter des Neides ist die Verleumdung.

Das haben Sie heute Vormittag unter Tagesordnungspunkt 3 bewiesen.

(Gisela Walsken [SPD]: Haben Sie nicht widerlegt!)

Zweitens:

Neid und Missgunst sind die höchste Form der Anerkennung.

Das gefällt mir ausgesprochen gut, denn das ist Ihre Form des Lobes für unsere Regierungspolitik. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Petersen. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch in diesem Jahr hat sich kurz vor Ablauf des Kalenderjahres eine Entwicklung gezeigt, der mit diesem Nachtragshaushalt Rechnung getragen wird, nämlich dass die Steuereinnahmen über dem ursprünglichen Ansatz des Haushaltes liegen. Ich gebe unumwunden zu, auch wenn das gelegentlich von dem einen oder anderen Kollegen anders bewertet wird, dass ich froh bin, dass wir diese Korrektur mit dem Nachtragshaushalt vornehmen können. Ich kann mich noch an andere Nachtragshaushalte erinnern, durch die die Nettokreditaufnahme erheblich angehoben und die Verfassungsmäßigkeit regelmäßig verfehlt wurde.

Es ist positiv zu bewerten, dass wir diese Steuermehreinnahmen, also mehr als ursprünglich prognostiziert, im letzten Quartal erreicht haben. Die Finanzmarktkrise und die sich abzeichnende Wirtschaftskrise haben mit Blick auf die Steuereinnahmen noch keine durchschlagende Wirkung gezeigt. Nichtsdestotrotz müssen wir dem Rechnung tragen, dass die Zeichen der Wirtschaft eher auf Sturm stehen und weiterhin Anlass für zurückhaltende Steuereinnahmeprognoesen geben. Die Wachstumsprognosen zeigen eher nach unten. Die Zeiten ständig steigender Steuereinnahmen für Bund und Länder sind sicherlich und leider zunächst einmal vorbei.

Deswegen werden wir von der Linie der Koalitionsfraktionen zur Konsolidierung nicht abweichen. Aus

unserer Sicht ist der Finanzminister in Zeiten zurückgehender Steuereinnahmen verpflichtet, mit vorsichtig geschätzten Einnahmeansätzen einen Auffangschirm für die sich abzeichnenden finanziellen Unwägbarkeiten aufzuspannen. Von daher freuen wir uns lieber am Ende des Jahres, wie in diesem Jahr 2008 geschehen, wenn wir etwas weniger Schulden machen müssen, anstatt nachher festzustellen, dass die Planungen zu optimistisch waren. Ich hatte bereits gesagt, wie dies zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung regelmäßig der Fall war.

Meine Damen und Herren, mit dem größten Teil der überansatzmäßigen Einnahmen wird das Sondervermögen zur Vorsorge der sich aus dem Rettungsschirm für die WestLB ergebenden Verpflichtungen weiter gefüllt. Entgegen aller Behauptungen handelt es sich dabei aber nicht um einen sogenannten Sparstrumpf des Finanzministers, der Landesregierung oder des Parlamentes. Vielmehr ist es ein Zeichen einer besonders verantwortungsvollen Finanzpolitik, wenn sich abzeichnende zukünftige Belastungen für den Haushalt in Vorsorge niederschlagen.

Die Bildung von Rücklagen für ungewisse Entwicklungen ist übrigens auch im Bilanzrecht eine Selbstverständlichkeit. Jeder verantwortungsvolle und rational agierende Privathaushalt würde genauso handeln. Aufgrund der besonderen Situation, dass das Land als Miteigentümer bei der WestLB mit am Tisch sitzt, mussten wir bei der Landesbank in besonderer Weise aktiv werden. Hierüber haben wir plenar an vielen Stellen diskutiert.

Aufgrund der besonderen Konzentration unserer Landesbank auf das internationale Kapitalmarktgeschäft haben wir in Nordrhein-Westfalen feststellen müssen, dass uns die Krisenanzeichen früher erreicht haben, als das bei anderen Instituten der Fall war. Deswegen haben wir anders als die Oppositionsfraktionen in diesem Hause in diesem frühen Stadium der Finanzkrise Verantwortungsbewusstsein für die WestLB, die Finanzmärkte und – das lassen Sie mich ausdrücklich hinzufügen – in besonderer Weise auch für die Sparkassen bewiesen.

Dank der Risikoabschirmung, die wir bereits im März auf den Weg gebracht haben, hat die WestLB mit der Ausgliederung der Risikowertpapiere schon einen Teil des Weges hinter sich gebracht, den andere Institute jetzt erst beschreiten und noch vor sich haben. Wir verkennen dabei nicht, dass wir in Zukunft aufgrund der Zuspitzung der Krise vor allem in den letzten anderthalb Monaten bald wieder als Eigentümer gefragt sein könnten.

Aber auch die 185 Millionen € zur ersten Füllung des neu gegründeten Fonds zur Bedienung der sich aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes ergebenden Lasten sind gut und nachhaltig zurückgelegtes Geld. Denn wir wollen die zukünftigen Haushaltsgesetzgeber, die zukünftigen Generationen nicht alleine lassen mit den Folgen von Be-

lastungen, die sich aus vergangenem Handeln ergeben.

Auf der ganzen Welt unterstützen die Staaten in beispiellosen Rettungspaketen die Finanzinstitute. Diese Hilfen sind aus meiner Sicht notwendig und ordnungspolitisch als Ausnahme gerechtfertigt, da die Banken in der globalisierten Welt die wichtige Funktion der Kapitalallokation übernehmen und damit die Grundlage für Wachstum und Entwicklung zur Verfügung stellen.

Die Beträge, die für die Eigenkapitalhilfen sowie insbesondere für die Garantien und Bürgschaften bereitgestellt werden, sprengen sicherlich manchmal die Vorstellungskraft. Denn in fast jedem Staat geht es um dreistellige Milliardenbeträge.

Die Notenbanken haben bereits enorme Mengen zusätzlicher Liquidität in den Markt geführt. Diese Maßnahmen greifen bislang noch nicht so, wie es von allen gewünscht ist. Denn das Hauptproblem der Krise, das verlorene Vertrauen, ist im Augenblick noch nicht behoben; ist noch nicht wieder hergestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Rettungspaket nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz eine Besonderheit in Deutschland, denn wir haben ein föderales System. Es galt und gilt, eine Regelung für die Verteilung der Lasten zu finden, die sich aus diesem neuen Bundesgesetz ergeben. Wir haben das bereits diskutiert.

Meine Damen und Herren, da die Finanzinstitute nach den Hilfen aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz fragen, ist damit zu rechnen, dass auch auf das Land Nordrhein-Westfalen Belastungen bei der Abrechnung des Fonds zukommen. Genau aus diesem Grunde halte ich es gerade im Sinne einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik und der Konsolidierung für zwingend erforderlich, dass wir die Mittel dafür verwenden, als Haushaltsgesetzgeber einen Fonds zur Absicherung dieser Verpflichtungen, die das Land Nordrhein-Westfalen treffen, in der Höhe offenen Verpflichtungen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne werden wir die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss zu diesem dritten Nachtragshaushalt 2008 positiv begleiten. Zum Länderfinanzausgleich könnte man sicherlich noch einige Aspekte anfügen. Einiges habe ich bereits heute Morgen beim Tagesordnungspunkt 3 angesprochen. Der Minister hat im Übrigen in seiner Einbringungsrede dazu Hinreichendes gesagt.

Insofern bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Freimuth. – Jetzt spricht Herr Groth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen die Charts vom letzten Tagesordnungspunkt mitgebracht – darauf komme ich am Ende meiner Rede zu sprechen –, damit Sie das in bunt sehen.

(Der Redner hält mehrere Grafiken hoch.)

Ich verspreche Ihnen, dass es beim nächsten Mal nicht auf DIN A 4 sein wird.

(Gisela Walsken [SPD]: DIN A 0!)

Das wird so groß sein, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Tribünen aus lesen können, wie Sie in der Finanzpolitik versagen, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Dieser dritte Nachtrag für dieses Haushaltsjahr stellt einen neuen Negativrekord dar. Mit Transparenz und nachvollziehbarer Haushaltspolitik hat das überhaupt nichts zu tun. Das sind die Worte von Herrn Dr. Linssen selbst: Das hat mit Transparenz überhaupt nichts zu tun.

Wenn er auf die Grünen gehört hätte, hätte er auf einen Nachtragshaushalt verzichten können. Dann hätte er die KiBiz-Millionen vorher eingestellt. Das hätte im Übrigen immer noch nicht gereicht, aber dann hätten wir jetzt den zweiten Nachtragshaushalt vorliegen.

Meine Damen und Herren, dass NRW beim Länderfinanzausgleich zurückfällt, ist alles andere als ein gutes Signal. Für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet das, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern zurückfallen. Das ist eindeutig so!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Man kann sich angesichts der Minderausgaben in Höhe von 355 Millionen € vieles fragen. Dieser Betrag ist übrigens nicht gespart, Herr Finanzminister. Es klingt zwar so, als sei das Land sparsam, aber es handelt sich um Minderausgaben, weil wir nicht mehr zahlen, sondern weil uns die anderen Bundesländer mit unterhalten müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Angesichts dieser Größenordnung muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, dass wir für die Wohnungslosen, für die wir bislang immer 2 Milliönchen ausgegeben haben, jetzt keinen Platz mehr im Haushalt haben.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Das ist viel Geld! – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist mehr als schäbig!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn er jetzt insgesamt 615 Millionen € im Rettungsfonds für WestLB und im nationalen Rettungsfonds parkt, hat das vor allen Dingen strukturelle Bedeu-

tung; das ist ganz eindeutig so. Finanzminister Linsen will mit dieser Aktion eine drohende Steigerung der Nettoneuverschuldung im nächsten Jahr wegen der zurückgehenden Steuereinnahmen – das wird kommen, meine Damen und Herren, und das wissen Sie auch schon – abfedern. Aber die Nettoneuverschuldung wird erhöht werden müssen, weil Sie keinen Ausgleich finden werden. Sparen können Sie nämlich nicht; das zeige ich Ihnen gleich auf den Charts. – Er parkt also das Geld, um daraus die Wahlgeschenke zu finanzieren.

Herr Finanzminister, es regiert sich sehr angenehm und schön, so lange die Sonne scheint; aber der Sonnenschein ist vorbei!

(Beifall von den GRÜNEN)

Was machen Sie denn jetzt? Wo ist Ihr Konzept? Geben Sie doch zu, dass Sie mit Schwarz-Gelb bei schlechtem Wetter nicht regieren können, sondern dann müssen wieder andere Leute in Nordrhein-Westfalen regieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie kommen ins Schlingern. Jetzt kommen schwere Zeiten auf uns in Nordrhein-Westfalen zu; das wissen wir auch. Wo ist Ihr Konzept gegen die Rezession, die auf uns zukommt? Wo ist Ihr Konjunkturprogramm? – Null Aussage! Da passiert überhaupt nichts.

Der Länderfinanzausgleich ist der einzige Punkt, an dem Sie sparen. Das ist aber keine Sparsamkeit. Unter Schwarz-Gelb fallen wir jedenfalls zurück. Die anderen Bundesländer ziehen an uns vorbei. Wir waren einst ein stolzes Land.

(Lachen von Dr. Wilhelm Droste [CDU])

Das Wort von Rot-Grün hat etwas gegolten in Berlin!

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Ja, sicher!)

– Wenn der Finanzminister Nordrhein-Westfalens nach Berlin gereist ist, hat sein Wort etwas gegolten.

(Carina Gödecke [SPD]: Allerdings! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt!)

Wie kommt er jetzt zurück? – Immer mit leeren Händen. Bei der WestLB hat er nichts erreicht! Beim Risikofonds läuft überhaupt nichts. Wir sind nämlich zu einem Nehmerland geworden. Wir finanzieren die anderen Bundesländer nicht mehr mit; die anderen finanzieren uns mit.

In dieser Frage gibt es weder eine Konzeption noch eine Linie. Hören Sie auf mit der Herumeierei! Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen haben mehr Wahrheit verdient;

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Und eine bessere Opposition!)

sie vertragen auch mehr Wahrheit. Wir haben damals gespart. Sie können dies in meinem ersten Chart sehen.

(Der Redner hält eine Grafik hoch. – Lachen von Minister Dr. Helmut Linssen)

Es zeigt den Rückgang der Steuereinnahmen und die Nettoneuverschuldung. Die Fläche in der Mitte stellt die Einsparungen von Rot-Grün dar. Jedes Jahr wurde eine ganze Milliarde tatsächlich gespart. Sie wurde bei Bürgerinnen und Bürger und bei den Bediensteten abgeholt, die gelitten haben – Senkung der Sonderzahlungen usw. Sie haben bei den Demonstrationen draußen gestanden und immer versprochen: Wir machen das sofort rückgängig! Das haben Sie doch gesagt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben sich ins Amt gemogelt, meine Damen und Herren! Sie haben sich reingeflunkert. Wir haben tatsächlich gespart! Auf diesem Rücken haben Sie Ihre schäbige Politik gemacht.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Jetzt zeige ich Ihnen einmal, wie das bei Ihnen aussieht.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Das ist zu klein!)

– Ja, beim nächsten Mal bekommen Sie das einen halben Meter groß.

(Der Redner hält eine weitere Grafik hoch und gestikuliert mit den Armen.)

Ich zeige Ihnen noch einmal, wie das bei Ihnen ist. Dort geht die Schere so auseinander. So geht die Schere auseinander.

Ich zeige Ihnen auch noch einen dritten Chart.

(Der Redner hält eine dritte Grafik hoch.)

Bis hierhin gehen die Einsparungen von Rot-Grün, und ab dort – seit Ihrem Regierungsantritt – geht es herunter.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU – Dr. Jens Petersen [CDU]: Sie könnten als Grafikdesigner arbeiten!)

Das sind die Zahlen, meine Damen und Herren, und mit denen müssen Sie sich auseinandersetzen. Es hilft nämlich nichts, immer nur so zu tun, als ob man haushalten könnte. Man muss es tatsächlich wollen, die Kraft dazu entwickeln und auch dann die Kraft haben, wenn einem der Wind ins Gesicht bläst. Sie haben bislang nur Schönwetter gehabt und es nicht geschafft. Ich frage mich: Was passiert eigentlich, wenn es einmal richtig zur Sache geht? – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Groth. – Für die SPD spricht nun ...

(Minister Dr. Helmut Linssen meldet sich zu Wort.)

– Die Landesregierung ist bei mir nicht eingetragen, aber selbstverständlich haben Sie, Herr Minister, das Wort, weil Sie eingebracht haben.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte nur zu ein paar Bemerkungen von Frau Walsken Stellung nehmen. Sie hat behauptet, ich hätte in der Pressemeldung von August 2006 angekündigt, dass jegliche Steuermehreinnahmen für die Rückführung der Nettoneuverschuldung verwandt würden. Ich habe das dort für das Jahr 2006 vorgetragen. Das wird sicher auch aus Ihrem Text hervorgehen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich habe das sauber zitiert!)

Zweiter Punkt. Sie arbeiten natürlich permanent mit Befürchtungen: Wir haben die Befürchtung, dass ... Es könnte ja sein, dass ... – Nun will ich Ihnen die theoretischen Gesetzesänderungen, die Sie angesprochen haben, erklären. Wenn Herr Wittke Gesetzesänderungen in Sachen Wfa eingebracht hat, dann kann ich nicht verhindern, dass Sie mit Befürchtungen arbeiten und Sie die Vokabeln vom Sparstrumpf und von Wahlkampfrücklagen benutzen, die Sie so nett finden und in die Sie so verliebt sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Tue ich doch gar nicht!)

Aber machen wir doch einfach mal den Praxistest. Wir bringen den Haushalt 2010 sicherlich im Juni im Kabinett ein, und dann werden wir den dort verabschieden. Dann müsste ich gleichzeitig praktisch eine Gesetzesänderung zu diesem Finanzmarktstabilisierungsfonds einbringen. Frau Walsken, so weit können Sie mir doch folgen, oder?

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben doch immer sofort den Nachtragshaushalt! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Passen Sie einmal auf: Sie würden doch dann sofort nach Münster laufen und sagen: Da hat er eine Rücklage gebildet, siehe Urteil von 2003.

(Gisela Walsken [SPD]: Sehr richtig! Kluger Mann!)

Für so dumm halten Sie uns doch wirklich nicht, Frau Walsken.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie haben doch damals den verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt!)

Also machen wir den Praxistest! Sie behaupten das weiter – ich weiß es ja –, weil Sie sonst nichts anderes auf der Pfanne haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt kommt der Beleidigungsteil!)

Deshalb haben Sie sich ja auch hier nicht lange mit dem Nachtrag beschäftigt, weil Ihr Pulver offensichtlich sehr schnell verschossen war, sondern haben bereits über die Ergänzungsvorlage 2009 gesprochen.

(Gisela Walsken [SPD]: Haben Sie den ersten Teil nicht mitgekriegt?)

Hören Sie mal! Gucken Sie sich doch den Text an, den Sie gebracht haben. Sie haben pausenlos über 2009 geredet.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich habe gerade über den Nachtrag geredet!)

Jetzt will ich Ihnen auch zu Ihren Luftnummern etwas sagen. Sie haben zum Beispiel gesagt, dass wir beim Kindergeld viel zu hoch schätzen würden, nämlich Ausfälle von 230 Millionen €. Sie haben 170 Millionen € eingesetzt.

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig!)

Sie wissen auch, dass der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers auf einer Verteilung beruht – das ist ja das Irre an dieser Geschichte –, weshalb ich hoffe, dass es zur Anrufung des Vermittlungsausschusses kommt. Eine Verteilung von 76:24 ist das, was wir eigentlich nach der Gesetzeslage haben müssten.

(Gisela Walsken [SPD]: Das habe ich doch gerade gesagt!)

– Davon gehen Sie aus. Das ist aber nicht der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers. Lassen Sie sich von Ihren Leuten in Berlin doch einfach besser informieren! Das wäre vielleicht wirklich hilfreich.

(Zuruf von der SPD)

Dann werden Sie sehen, dass eine Verteilung von 42,5 für den Bund und 57,5 für Länder und Kommunen vorgesehen ist. Dagegen werden wir angehen. Wir müssen aber jetzt einen Haushalt aufgrund des Gesetzentwurfs des Bundesfinanzministers einbringen, Frau Walsken. Wenn Sie jetzt richtig zugehört haben, dann haben Sie das auch verstanden.

Zweiter Punkt: degressive AfA. Lassen Sie sich von Ihren Leuten doch einmal die Vorlage für den Haushaltsausschuss des Bundestages vom 5. November geben. Darin steht, wie der Bundesfinanzminister die Ausfälle schätzt. Er schätzt 1,94 Milliarden € für 2009, 4,33 Milliarden € für 2010, dann 4,165 Milliarden € für 2011 und 2,41 Milliarden € für 2012. Da Nordrhein-Westfalen bei diesen Maßnahmen immer 10 % trägt, haben wir uns erlaubt, statt 194 Millionen € – 10 % von 1,94 Milliarden € wären 194 Millio-

nen € – 200 Millionen € einzusetzen. Für das Jahr 2010 – das sage ich Ihnen auch schon – rechnen wir statt mit 433 Millionen € – 10 % von 4,33 Milliarden € wären 433 Millionen € – mit 450 Millionen €

Lassen Sie sich für solche Debatten einfach besser vorbereiten! Das wäre hilfreich und würde uns das Geschäft unwahrscheinlich erleichtern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Das würde ich Ihnen auch empfehlen! Lassen Sie sich die Zitate heraussuchen!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Linssen. – Frau Brunn spricht nun für die SPD.

(Zuruf von der SPD: Na endlich!)

Anke Brunn (SPD): Herr Finanzminister, ich finde es eigentlich bedauerlich, dass Sie auf die Ausführungen der Kollegin Walsken immer nur mit Polemik antworten.

(Beifall von Martin Börschel [SPD] – Minister Dr. Helmut Linssen: Fakten!)

Das finde ich nicht in Ordnung. Sie sollten, Herr Kollege Finanzminister, wirklich an den Fakten bleiben. Dazu sage ich: Sie haben in der schwierigen Situation, in der wir jetzt gegenwärtig sind, da es einerseits noch eine sehr gute Konjunktur gibt und wir Geld bekommen, wir auf der anderen Seite aber eine Krise vor uns haben, keine Antworten. Weil Sie keine Antworten haben, machen Sie einfach irgendetwas. Das Irgendetwas, was Sie machen, ist mehr oder weniger ein Überbordwerfen Ihrer gesamten bisherigen Prinzipien.

(Beifall von der SPD)

Das ist die Frage, die heute im Zentrum der Auseinandersetzung steht. Die Frage ist Ihr widersprüchliches Verhalten. Sie sagen mehr oder weniger: Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Vor ein paar Monaten haben Sie noch gesagt, die Risikoabschirmung der WestLB würde das Land überhaupt nicht mit Neuverschuldung belasten. Heute packen Sie im Nachtragshaushalt 430 Millionen € zusätzlich in die Vorsorge für den Risikoschirm. Vor ein paar Tagen haben Sie noch gesagt, das Finanzierungsgesetz des Bundes, das Finanzierungsmarktstabilisierungsgesetz, würde erst ab 2010 Geld kosten. Heute stecken Sie 185 Millionen € in einen Extrafonds dafür.

Herr Finanzminister, Sie sagen, dass Sie jetzt vorsorgen. Das ist aber Vorsorge auf Pump;

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

denn die entsprechenden Mittel könnten Sie eigentlich in die Senkung der Neuverschuldung einbringen, weil Sie dieses Geld, wenn man Ihren Worten denn glauben darf, weder 2008 noch 2009 noch 2010 überhaupt brauchen werden.

Wenn Sie schon Vorsorge treffen: Warum richten Sie dann keinen Risikofonds für die Städte ein, die nämlich in absoluter Notlage sind? Warum tun Sie das nicht? Das wäre doch etwas. Und warum senken Sie nicht die Neuverschuldung, was Sie jetzt wirklich könnten?

Das sind die Punkte, die an dieser Debatte unehrlich sind. Vor zwei Jahren haben Sie noch für ein Verschuldungsverbot plädiert. Jetzt verdoppeln Sie die Neuverschuldung für 2009.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist der ehrliche Kaufmann!)

Vor zwei Jahren haben Sie den schon verstorbenen Herrn Keynes noch verurteilt. Heute schreiben Sie seine Argumentation ab, ohne aber in der Sache ein Konzept für die Änderungen vorzulegen.

Meine Damen und Herren, jetzt endet meine Redezeit. Diese Ausführungen könnte man aber noch sehr gut verlängern.

Ich frage Sie, Herr Finanzminister: Was stimmt denn nun wirklich – Ihre Argumentation vor zwei Jahren oder Ihre Argumentation jetzt? Und was sagen Sie den Menschen, die auf einmal sehen, dass wir als Exportland Nordrhein-Westfalen zum Nehmerland abgesunken sind? Wir waren in den letzten Jahrzehnten immer unter den starken fünf Ländern und sind jetzt ein Nehmerland geworden. Was sagen Sie den angesichts unserer Exportabhängigkeit in Bezug auf die zukünftige Krise? Haben Sie dieses Thema denn überhaupt nicht zu bearbeiten?

Das finde ich schlimm. Ein ehrbarer Kaufmann muss auch ehrlich sein. Vor allen Dingen muss er wirklich vorsorgen, anstatt eine solche Hamsterpolitik zu betreiben, wie Sie das jetzt tun.

Auf diese Fragen hätten wir gerne eine Antwort. – Das wollte ich hier noch kurz sagen. Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Brunn. – Für die CDU spricht Herr Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben den Eindruck, dass der Finanzminister gerade mit sehr vielen Fakten die von Frau Kollegin Walsken aufgeworfenen Fragen noch einmal sehr deutlich beantwortet hat und damit auch dargestellt hat, warum die jetzt erfreulicherweise zu verzeichnenden Mehreinnahmen sinnvollerweise dazu genutzt werden, entsprechende Vorsorge zu treffen. Genau das ist die Antwort, die

angesichts der aktuellen Problematik richtigerweise zu geben ist.

Weil aber schon die Fakten nicht geholfen haben, scheinen weitere Argumente zum heutigen Zeitpunkt auch nicht weiterzuhelfen.

Dementsprechend schlage ich vor, diesen Entwurf jetzt an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Dort werden wir erneut den redlichen Versuch unternehmen, auch die Opposition von der Sinnhaftigkeit dieses Entwurfs zu überzeugen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch nicht wahr! Er hat wirklich gar nichts mehr zu sagen!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Klein. – Herr Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bitte.

(Gisela Walsken [SPD]: Herr Becker, hauen Sie rein! – Gegenruf von Horst Becker [GRÜNE]: Das muss man gar nicht! Das erledigt sich von selbst!)

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich noch einmal zu Wort, weil ich mich gut an die Debatten erinnern kann, die wir in den letzten beiden Jahren hier geführt haben. Bei diesen Debatten habe ich und haben auch andere von uns Ihnen immer wieder vorgehalten, dass Sie das, was Sie zu sein vorgeben, nämlich ein ehrbarer Kaufmann, dem Grunde nach nicht sind.

Lassen Sie mich noch einmal kurz rekapitulieren, warum das so ist und warum dies nicht nur ein Problem der Vergangenheit und der Gegenwart ist, sondern auch ein Problem der Zukunft dieses Landes und seiner Bürger werden wird.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau! Zukunft ist jetzt!)

Erstens. Wir haben es damit zu tun, dass im Jahr 2005, als Sie die Regierung übernommen haben, die Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen – ich sage es ganz langsam zum Mitschreiben und zum Mitdenken – 7,8 Milliarden € niedriger waren als heute.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist die Zahl!)

Wir haben es außerdem damit zu tun, dass die Nettokreditaufnahme, die Sie immer so sehr bekämpft haben, damals 5,2 Milliarden € höher lag als heute. – Das ist ein Delta, wie man so schön sagt, von round about 3 Milliarden €. Es sind mindestens 2,5 bis 3 Milliarden €; man könnte es auch noch spitz bis auf 3,5 Milliarden € hochrechnen. Ich will jetzt aber nicht über die berühmten Peanuts streiten.

Zweitens. Wir haben es damit zu tun, dass Sie damals einen Wahlkampf geführt haben, in dem Sie den Leuten

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Alles versprochen haben!)

gleichzeitig den Abbau der Nettoneuverschuldung und die Vermehrung von Leistungen versprochen haben. Von Letzterem ist nichts eingetreten.

Wir haben es auch damit zu tun, dass Sie in den letzten drei Jahren den Kommunen strukturell – je nachdem, wie man es rechnet; ich bin jetzt einmal zuungunsten der Kommunen großzügig – mindestens 1,2 Milliarden € pro Jahr entzogen haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Unerhört!)

Das fehlt vor Ort bei freiwilligen Leistungen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das fehlt übrigens auch in den Nothaushaltskommunen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Menschen müssen es ausbaden!)

die dann von der Kommunalaufsicht dieser Landesregierung regelmäßig getriezt werden – bis hin zur Erhöhung von Kindergartenbeiträgen und ähnlichen Dingen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das alles haben Sie zusammen getan.

(Hendrik Wüst [CDU]: Sprechen Sie noch zum Thema?)

– Ja, das tue ich. Das hängt mit dem Haushalt und mit der Aussicht zusammen. Deswegen mache ich das auch mit großem Genuss – und zwar nicht wegen dem, was kommt, sondern weil man hinterher wieder nachlesen kann, wie Sie sich jetzt zu dem verhalten, was wir Ihnen vorhersagen, genau wie in der Vergangenheit.

(Minister Dr. Helmut Linsen: Herr Becker, erklären Sie doch einmal das mit den 2 Milliarden €!)

– Nun seien Sie einmal ganz ruhig; Sie können sich ja jederzeit noch einmal zu Wort melden.

Ich sage Ihnen noch einmal: Sie haben die Nettokreditaufnahme um einen geringeren Betrag abgebaut, als Sie Steuermehreinnahmen hatten. In der Zwischenzeit haben Sie sich auch noch zulasten der Kommunen bereichert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Minister, das Ganze spitzt sich unter dieser Landesregierung ja zu. Warum spitzt es sich zu? Sie gehen heute davon aus – das ist der momentane Stand; dies gehört für mich auch in eine solche Nachtragshaushaltsdebatte –, dass sich die Steuereinnahmen des Landes im nächsten Jahr um

0,1 Milliarden € vermindern, und zwar von 42,2 auf 42,1 Milliarden €.

Dazu sage ich Ihnen Folgendes: Es war absehbar, dass wir in eine konjunkturelle Krise geraten und dass diese konjunkturelle Krise natürlich in der Realwirtschaft stattfindet und nicht etwa virtuell, so wie Sie Ihren Haushalt machen oder die Finanzwirtschaft ihre Planungen. Genauso sehr ist auch absehbar – darüber würde ich Ihnen hier im Hause auch eine Wette anbieten –, dass wir es allerspätestens im letzten Quartal nächsten Jahres, wahrscheinlich aber bereits Mitte nächsten Jahres mit einem deutlichen Einbruch bei den Steuereinnahmen des Landes zu tun haben werden.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Wenn das so ist, müsste sich diese Landesregierung aufschwingen und vorneweg marschieren, um in dem mit Abstand größten Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland, im Industrieland Nordrhein-Westfalen, etwas für die Konjunktur und für die Bürger zu tun, damit es nicht dazu kommt.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie nimmt aber Schulden auf!)

Das machen Sie aber alles nicht.

Stattdessen gibt dieser Landesvorsitzende des Ungefährnen, Herr Ministerpräsident Rüttgers, permanent Interviews,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

in denen er in Bezug auf das Konjunkturprogramm irgendwo zwischen Erleichterung der Abschreibung von Steuerberaterkosten und Kohlekraftwerken hin- und herschwiemelt. Sobald er nach Konkretem gefragt wird, kommt nichts.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Darum hat das alles etwas mit den Bürgern und übrigens auch mit den Kommunen zu tun. Denn es ist absehbar, was Sie nächstes Jahr machen werden, nämlich das, was Sie in den letzten Monaten und Jahren gemacht haben: Wenn Sie den Glücksteil Ihres Haushalts – also das Glücksspiel – nicht mehr haben, weil die Zeiten nicht mehr so sind, werden Sie das Raubrittertum ausbauen. Die Kommunen und die Bürger vor Ort werden nach den Kommunalwahlen über Ihre Gemeindefinanzierung den Preis dafür bezahlen, dass Sie nicht in der Lage sind, dieses Land durch schwere Zeiten und durch schwere See zu steuern. Das sind die Folgen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kollege Becker. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zum Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der beiden **Gesetzentwürfe Drucksache 14/7930** und **Drucksache 14/7940** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

6 **Öl-Wechsel jetzt: NRW braucht Biomassestrategie**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7952

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Sie soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/7952** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

7 **Hilfe für Kinder nach Klasse 10 beenden**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7960

Ich erteile als erster Rednerin für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Beer das Wort. Bitte schön, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen zunächst eine wahre Begebenheit erzählen,

(Volkmar Klein [CDU]: Das ist ja etwas Neues!)

die sich vor Kurzem in Gelsenkirchen abgespielt hat. Sie dürfte sowohl für Herrn Minister Laumann als ganz besonders auch für Frau Ministerin Sommer interessant sein.

Es geht um einen Schüler, der die gymnasiale Oberstufe im 13. Jahrgang besucht und im Frühjahr 2009 das Abitur vor sich hat. Er erhält wie seine